

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Verkauf oder bei direkter Bestellung ohne Bestellgebühr monatlich 3,- Mk., bei Zustellung unter Freihand 3,- Mk. Der „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag.

Inverte sollen die anstehende Monatsbeilage oder denn kaum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fertige Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 10 Proz. Familien- und Vereinstätigen (mit der Zulage fort. Inverte für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition angegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Gesamtsprecher: Ami Norden 9769

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Werkstätiges Volk Berlins!

Zu Tausenden schmachten Proletarier in den Gefängnissen des „freiesten Staates der Welt“. In der Schutzhaft, im Gefängnis, auf der Festung und im Zuchthaus sollen sie monate- und jahrelang dafür büßen, daß sie für ihre politischen Ideale gekämpft, für die wirtschaftlichen Forderungen ihrer Klassengenossen eingetreten sind.

und auf die Stunde warten läßt, die ihnen die Befreiung bringen soll.

Enttäuscht unsere leidenden Brüder nicht! Zerstört nicht ihren Glauben an die Solidarität der Arbeiterklasse! Vereinigt eure Stimmen in den heutigen Protestversammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie zu dem lauten Ruf:

Wir fordern die sofortige Aufhebung der Schutzhaft! Wir fordern die sofortige Freilassung sämtlicher politischer Gefangenen!

Einheitszuchthaus oder Einheitschule?

Von Dr. Arthur Rosenberg.

Zu Celle im Zuchthaus sah ich mit Hannoveraner. — O Deutsch! Uns fehlt ein Nationalzuchthaus Und eine gemeinsame Peitsche! Heinrich Heine.

Der scherzhafteste Wunsch des großen deutschen Dichters ist in Erfüllung gegangen unter der herrlichen deutschen Republik: zwar aus dem deutschen Einheitsstaat ist nichts geworden, aber dafür haben wir das Nationalzuchthaus. Wir haben den einheitlichen deutschen Belagerungszustand, wir haben die einheitliche Schutzhaft, wir haben den Einheitspöbel, und wir haben den einen Kofke. Und wo so viel für die deutsche Einheit getan wird, von München bis Königsberg, oder besser gesagt von Hoffmann bis Winnig, so muß man schon zu den ganz hervorragenden und verlogenen „Hobern“ gehören, wenn man die beschränkte Frage zu stellen wagt, wo denn die deutsche Einheitschule geblieben ist?

Die Einheitschule ist in Weimar zerlegt worden wie ein Stück Geflügel, und das fetteste Stück Gänsebrust hat, wie stets, das Zentrum davongetragen. Die Scheidung der Schulen nach den Konfessionen, wie sie bisher schon im größten Teil Preußens üblich war, soll erhalten bleiben. Ja, wenn irgendwo in Deutschland eine Gemeinde die sogenannte Simultanische einrichtet, d. h. solche Schulen, in denen Lehrer der verschiedenen Religionsbekenntnisse nebeneinander unterrichten dürfen, so sollen die Frommen besuht sein, dort ihre Sonderschulen zu verlangen. Wenn also eine Stadt Mispel hat, wird sie getrennte Schulen für die Evangelischen, Katholiken, Juden und Gottlosen aufmachen müssen. Und eine solche Ungeheuerlichkeit wagt man dem deutschen Volk im zwanzigsten Jahrhundert, als Erasmus „reiner Demokratie“ vorzuleben!

So haben die Weimarer Herren die Einheitschule der Länge nach, nach den Konfessionen, zerstückelt. Aber daneben haben sie noch einen kräftigen Querschnitt gemacht, nämlich die Scheidung der Schulen für die Armen und für die Reichen. Und über der allgemeinen Entzweiung wegen der Verhinderung der Schule an das Kapitalismus in unserer Erziehung meistens nicht gebührend beachtet. An schönen Worten wird ja in der Verfassung nicht geort: „Für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule müssen Kosten und Meiana, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung seiner Eltern maßgebend sein.“ Gut gebrüllt, Löwe! Aber was wurde getan, um diesen Grundsatz durchzuführen? Bisher gab es bekanntlich 1. die Schule für die Armen, genannt die Volksschule, und 2. die Schule für die Reichen, genannt die höhere Schule. Wer es sich nur einermöglichen leisten konnte, schickte seinen Jungen auf Gymnasium, Realgymnasium usw., und wenn der Erwählung gar zu unbesuht war, schob man ihn gewöhnlich mit Hilfe von Nachhilfsstunden und auf künstlichen Hilfsbrücken weiter. So kletterten die Millionärsöhne langsam, aber sicher immer höher, und das Ergebnis waren dann unsere bisherigen Regierungsklassiker und Diplomaten. Die paar Freistellen, die in den höheren Schulen für die Kinder armer Eltern freigehalten wurden, kamen praktisch neben der Anzahlloszunehmenden nicht in Frage. So waren die Dinge in Deutschland bisher, und künftig — nach dem Weimarer Schulkompromiß — soll es genau so bleiben. Denn auch die neue Verfassung sieht solche Schulen vor, deren Besuch kein Geld kostet. Die Verfassung erklärt zwar: „Für den Zugang Minderbemittelter zu den Mittel- und höheren Schulen sind durch das Reich, die Länder und die Gemeinden öffentliche Mittel bereitzustellen.“ Auch Erziehungsbeihilfen für die Eltern solcher Kinder werden verordnet. Aber damit wird das Übel nicht an der Wurzel gepackt: denn auch künftig wird die Anzahl der besuhten Masse die höheren Schulen und die Universitäten erfüllen, während man dem Proletariat ein paar Bettelstipendien in Gestalt der Freistellen und Erziehungsbeihilfen vorwirft. Eine Erziehungsreform, die diesen Namen verdient, müßte dafür sorgen, daß alle Schulen unentgeltlich offen stehen, daß alle Kinder, ohne Rücksicht auf das Fortkommen des Vaters, auf dieselbe Schule kommen, und daß dann später die Verteilung der Schüler auf die einzelnen Schularten und Kurse rein nach ihrer Veranlagung erfolgt. An einer solchen Tat haben sich freilich die Rechtssozialisten in Weimar nicht aufzuwingen können. Aber, was

Der Umschwung in Ungarn.

Die neue Regierung.

T. U. Wien, 3. August

Die Mitglieder der neuen ungarischen Regierung haben gestern in Wien mit der Entente in Verhandlungen. Die neue Regierung läßt verbreiten, daß alle Gesetze und Verfügungen der Räterepublik so lange in Kraft bleiben, bis sie ausdrücklich widerrufen werden. Sie erklärt, daß sie an der Sozialisierung vorläufige Schritte und die weiteren Entscheidungen der Nationalversammlung überlasse.

Budapest, 2. August

Das Ungarische Korbureau meldet: Der Minister des Äußeren Peter Paoaton machte den Vertretern der ausländischen Presse u. a. folgende Mitteilung: Vom Räterepublik gehen wir zum System der Demokratie über, gegenüber der Entente verpflichteten wir uns zur Ausarbeitung eines neuen Verfassungsentwurfs und der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung. Die neue Regierung steht auf dem Standpunkte der Aufrechterhaltung der Sozialisierung. Im Umfang der Sozialisierung wird jedoch nicht das Kabinett, sondern die konstituierende Nationalversammlung zu bestimmen haben. Die sozialisierten Betriebe werden bis zum Inkrafttreten der Nationalversammlung im Dienste der gesellschaftlichen Produktion bleiben.

Politische Amnestie.

Budapest, 2. August. (Ung. Korbureau.)

Die amtliche Bezeichnung des ungarischen Staates ist: „Ungarische Volksrepublik“. Die Bezeichnung der Regierung: „Regierung der ungarischen Volksrepublik“. Es wurde vollständige Amnestie für politische Delikte, welche während der Herrschaft der Räteregierung begangen wurden, erlassen.

Die Stimmung in Budapest.

T. U. Wien, 3. August.

Nach einem Bericht der Arbeiterzeitung aus Budapest ist dort ein Teil der Kaufleute geöffnet. Die Stimmung ist gedehnt, vor allem auch wegen der Lebensmittelknappheit. Auf einigen öffentlichen Gebäuden werden rote Fahnen mit der früheren Tricolore Rot-Weiß-Grün umrahmt. Bis gestern mittag ist in Budapest keine Bewegung und kein neues Gesch. herausgekommen, sondern nur die erneute Mahnung, Ruhe und Ordnung zu halten. Das Beharren ist vor allem darauf gerichtet, die Waffentube mit den Rumänen in einen Waffenstillstand zu verwandeln, wobei die Forderung als Demarkationslinie gelten soll. Die Rumänen haben ihren Vormarsch im Auftrage der Entente vorgestern nachmittag 4 Uhr eingestellt.

Schutz der ausländischen Untertanen.

Budapest, 2. August. (Ung. Korbureau.)

Der ungarische Minister des Äußeren Paoaton erließ eine Verordnung über den besonderen Schutz der auf ungarischem Gebiet befindlichen ausländischen Untertanen.

Die Entente und U. g. a. r. n.

Wien, 3. August. (Korbureau.)

Einer tiefen Korrespondenz zufolge teilte Clemenceau dem Rat der Entente auf die Depesche des Chefs der Budapest Räterepublik mit, daß die Ansicht des Rates der Räterepublik mit, sich nicht in die innere Politik der ungarischen Räterepublik einzumischen. Der Rat der Verbündeten werde Rumänien nur ersuchen, seine Truppen an den Grenzen zum Stillstand zu bringen, die sie gegenwärtig infolge der Angriffe be-

seht halten, aber er werde Rumänien nicht ersuchen, die Truppen bis zu der am 13. Juni festgesetzten Linie zurückzuziehen, ehe nicht die neue Budapest Regierung sich den Waffenstillstandsbedingungen strikte unterworfen habe. Die Verbündeten wollten die Forderungen der ungarischen Regierung abwarten und hofften, daß die neue Regierung ihre Verpflichtungen erfüllen, das ungarische Volk vertreten und den Zeitpunkt der Wiederherstellung des Friedens und der Wiederaufnahme der regelmäßigen wirtschaftlichen Beziehungen beschleunigen werde.

Der Chef der italienischen Militärmission in Budapest, Romanelli, erklärte in seiner Antwortdepesche, die neue ungarische Regierung sei durchaus geneigt, die Waffenstillstandsbedingungen möglichst bald auszuführen, und habe ihn ersucht, Clemenceau zu bitten, daß die verbündeten und assoziierten Mächte die ungarische Regierung durch Entsendung je eines Regiments einer jeden alliierten Macht unterstützen mögen, und zwar in der Weise, daß die Entsendung nicht eine Intervention, sondern eine freie Kundgebung darstelle.

Waffenstillstandsverhandlungen.

Budapest, 3. August.

Die „Nepszava“ meldet, hat das rumänische Oberkommando die ungarische Heeresleitung verständigt, daß eine rumänische Kommission zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand nach Budapest abgeandt worden sei. Die Regierung wird mit dieser sofort nach deren Eintreffen die Waffenstillstandsverhandlungen aufnehmen.

Rumänische Beutegier.

Budapest, 3. August. (H. N.)

Das rumänische Pressebureau meldet: Der „Bittoral“ veröffentlicht eine Unterredung mit einer leitenden Persönlichkeit, die u. a. erklärte: Die neue Budapest Regierung kann von uns nicht anerkannt werden, da sie nicht eine vom Volk frei gewählte ist und die von uns geforderten Garantien nicht leisten kann. Rumänien wird diesmal ein entscheidendes Wort über die Gestaltung der Zukunft Ungarns zu sprechen haben, da es der einzige Staat ist, der die großen materiellen Opfer gebracht hat, um die Ordnung in Ungarn wieder herzustellen.

Die rumänischen Bojaren, die jetzt ihre Forderungen anmelden, geben sich anscheinend der Hoffnung hin, durch besonders freches Auftreten den Weitauftrieb, der ihnen in Versailles bewilligt wurde, noch zu vermehren. Hand in Hand mit der ungarischen Räteregierung in Szegedin, die erneut ihren landesherrlichen Charakter darlegt, drängen sie auf Nichtanerkennung der sozialistischen Regierung in Budapest. Gibi die Entente diesem Drängen nach, so übernimmt sie vor ihren Völkern und vor der ganzen Welt die Verantwortung für das blutige Chaos, das unvermeidlich in Ungarn ausbrechen würde, wenn die Adelsreaktion und die ihr verbündete rumänische Pogromistenflique das ungarische Volk unter ihre Herrschaft zwingen wollten.

Unruhen in Liverpool.

London, 2. August. (Reuter.)

Infolge des Polizeistreiks wegen der Frage der Anerkennung der Polizeigewerkschaft kam es gestern abend in Liverpool zu Unruhen und Plünderereien. In den Docks wurden große Mengen von Waren gestohlen. Heute ist Militär angelangt, um das Eigentum zu schützen. In London und auch sonst ist der Streik mißglückt. Alle Kundgebungen wurden entlassen.

W. K. Müller III: nicht einmal die Befestigung der Wirtschaftlichen, dieser Hochburgen kapitalistischen Klassenbündels und kapitalistischer Beschränktheit, ist erreicht worden! Der Artikel 144 der Verfassung läßt der Errichtung dieser famosen Bildungsstätten, von einigen harmlosen Einschränkungen abgesehen, freien Lauf. Aber um auch dieser Kulturakt ein soziales Mäntelchen umzuhängen, fügte man hinzu, daß die Privatschule „im Falle der Erhebung von Schulgeld durch Absetzung auch minderbemittelten Volksschichten zugänglich gemacht werden“ müsse! Das heißt also: wenn ein Arbeiter auf den Einfall kommt, sein Kind in eine Privatschule zu schicken, so erhält er Rabatt. Die proletarischen Eltern werden sich für diesen Liebesdienst bedanken.

Die Fürsorge der Rechtssozialisten für die kapitalistische Schule ist unentschuldig. Bei der Auslieferung der Schulen an die Pfaffen hat die Röske-Partei wenigstens die Ausrede, daß sie den Frieden der Konfessionen wahren wolle. Die Ausrede ist schlecht, aber es ist wenigstens eine. Dagegen für die Verewigung der kapitalistischen Schule gibt es keine Begründung: die Bauer und Schulz hätten nur zu wollen gebraudt, daß die Schulen mit Schulgeld sämtlich abgeschafft werden, und dann wäre es so beschlossen worden. Denn Zentrum und Demokraten hätten es nie gewagt, die Verantwortung für die Ablehnung einer solchen gerechten, eigentlich jenseits aller Parteipolitik liegenden, Forderung zu übernehmen. Aber die Rechtssozialisten wollen eben nicht. Sie wollen nirgends die Machtstellung des Kapitalismus erschüttern, in der Schule so wenig wie in der Fabrik. Und bei voller Kenntnis der Tatsachen, in vollem Bewußtsein dessen, was seine Partei zur Bereicherung der Einheitschule, zur Auslieferung der deutschen Jugend an Kapitalismus und Merkantilismus beigetragen hat, stellte sich der Ministerpräsident Bauer hin und rühmte in seiner Weimarer Programmrede die „reine Demokratie“, die in der Schule anzufangen habe. „Wir müssen die Waffen der Bildung und der Kenntnisse an das ganze Volk verteilen“, rief er aus. Sehr gut! Aber warum tun Sie es denn nicht, Herr Bauer? Das einzige Hindernis dafür, daß das „ganze Volk“ gleichmäßig die Waffe der Bildung empfängt, sind ja nur Sie, Ihre Ministerkollegen und Parteigenossen!

Die jetzige deutsche Regierung will nur das Einheitschulhaus. Erst wenn einmal das Einheitschulhaus abgetragen sein wird, werden wir die Einheitschule bauen.

Hindenburg meldet sich.

Berlin, 3. August.

W. L. V. teilt mit: Von der Kommandostelle Kolberg geht folgende Kundgebung zu:

Die Angriffe gegen meinen früheren Mitarbeiter, General Ludendorff, wehren sich. Ohne mich in eine Erörterung über das Unrechtmäßige dieser Angriffe einzulassen, bemerke ich, daß für alle Entschuldigungen der O. D. L. ich allein die volle Verantwortung trage. General Ludendorff hat bei im Einverständnis mit mir gehandelt. Wer den General Ludendorff trifft, trifft also mich.

Gannover, 31. Juli 1919.

Gen. v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Wir haben von jeher die Auffassung vertreten, daß Ludendorff nicht der allein Schuldige an der deutschen Kriegspolitik der Obersten Seeresleitung ist, sondern daß Hindenburg mindestens das gleiche Maß der Schuld auf sich zu nehmen hat. Diese Auffassung wird jetzt von Hindenburg selbst bestätigt. Auch in diesem Falle haben die Entschuldigungen, insbesondere die Rechtssozialisten, ein zweideutiges und verlogen Spiel getrieben. Nachdem sie erst ihren Hindenburg zum Nationalhelden gemacht hatten, nachdem sie ihn nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch noch viele Monate lang an der Spitze der Seeresleitung stehen ließen, suchten sie mit Stillschweigen über die Rolle, die Hindenburg während des Krieges gespielt hat, hinwegzukommen. Um so lauter und heftiger richteten sich ihre Angriffe gegen Ludendorff. Diesem Spiel machte Hindenburg selbst ein Ende.

Bemerkenswert ist noch, daß diese Mitteilung — das politische Bureau bezeichnet sie nach alter Gewohnheit als Kundgebung — von der Kommandostelle Kolberg aus weitergegeben wird. Vielleicht erhofft man bei dieser Gelegenheit, was es mit dieser Kommandostelle auf sich hat und mit welchem Recht sich diese Stelle mit der Verbreitung der Privatäußerungen Hindenburgs, der sich doch jetzt im Kubestand befindet, befaßt.

Noch eine verpackte Friedensmöglichkeit.

Die „Neuen Züricher Nachrichten“ hatten kürzlich behauptet, daß nach im Juli 1918 eine Friedensmöglichkeit bestanden habe. Präsident Wilson sei damals an einem Verhandlungsabstimmungsbereit gewesen. Die „Frankfurter Zeitung“ erklärt dazu, sie wisse zwar nicht, worauf das schweizerische Blatt anspiele, müsse aber folgendes feststellen:

Im Sommer 1918 kam der schweizerische Gesandte in Washington, Sulzer, zu einem mehrwöchigen Kuraufenthalt in seine Heimat. Vor seiner Abreise aus Amerika hatte er eine Unterredung mit Charles House, dem Vertrauensmann Wilsons. House setzte dem Vertreter der Schweiz, der, wie man weiß, die diplomatische Vertretung der deutschen Interessen in Amerika übernahm, hatte, auseinander, welche große Bedeutung die belgische Frage für den Frieden habe. Er legte Wert darauf, zu wissen, ob Deutschland bereit sei, in Belgien den Status quo ante anzuerkennen. Bei seiner Ankunft in Europa bestimmte Herr Sulzer nicht, sich mit der Reichsregierung in Verbindung zu setzen. Es war ihm nicht möglich, von Herrn House eine derartige Erklärung zu erlangen. Es wird uns berichtet, daß er sogar darauf gedrungen habe, als der Tag seiner Rückkehr herannahe; er kam in Washington an, ohne dem Obersten Hause den gewünschten Bescheid geben zu können. Wenige Minuten vor dem Zusammenbruch, als unsere Front im Westen schon ins Wanken geraten war, konnte sich die Reichsregierung noch nicht entscheiden, eine klare Antwort über Belgien zu geben. Gewiß hat Wilson in diesen Wochen eine scharfe Rede gehalten, aber die auf dem Wege über unsere neutralen amtliche Vertretung in Amerika nach Berlin gelangte belgische Antwort war eine unabweisbare und bedeutungsvolle Tatsache. Warum hat auch diese von jetzt

sich einstellende Gelegenheit ungenutzt, während Herr von Sines etwas später, als vor kurzem veröffentlicht wurde, die Initiative zu einer neutralen Vermittlung über Holland ergriffen mußte? Und was verlangte man von uns? Die einfache Wiederherstellung Belgiens, wie es vor dem Kriege war!

Die Behandlung der politischen Gefangenen.

Seit Januar hatten immer noch politische Gefangene auf ihre Aburteilung, und noch jetzt ist nicht abzusehen, wann ihre Prozesse endlich zur Verhandlung gelangen werden. Die Voruntersuchung ist längst abgeschlossen, das Schwurgericht wird aber nicht zusammenberufen, das über einen Teil der „Mädelsführer“ der „Vorwärts“-Bewegung urteilen soll. Ihr Verteidiger Genosse Dr. Kurt Rosenfeld hatte bei Beginn der Gerichtsserien die Abhaltung einer außerordentlichen Schwurgerichtssperiode beantragt. Der Präsident des Landgerichts I hat aber diesen Antrag mit der eigenartigen Begründung abgelehnt, daß „die Verhandlung sich voraussichtlich in kürzerer Zeit als einer Woche durchführen lassen“ werde. Deshalb erweise „die Abhaltung einer außerordentlichen Schwurgerichtsperiode nach der Geschäftsloge nicht gerechtfertigt“. Also: weil der Prozeß in wenigen Tagen durchzuführen ist, müssen die Gefangenen noch weitere zwei Monate — solange dauern die Gerichtsserien — in Unterjochungshaft sitzen! Ein eigenartiger Grund! Welche zarte Rücksichtnahme auf die politischen Gefangenen! Billigt das preussische Justizministerium dieses Verfahren?

Marx aus der Haft entlassen.

Der Fall Marx hat Sonnabend vormittag eine neue Wendung erhalten. Die Angelegenheit ist jetzt aus den Händen der Staatsanwaltschaft in die des Untersuchungsrichters übergegangen. Dieser vernahm Sonnabend vormittag mehrere Zeugen, darunter auch den Journalisten, der bisher mit einem Teil seiner Aufgabe mit Rücksicht auf das Berufsgeheimnis zurückhielt. Marx erklärte im Verlauf des Verhörs, ein vertrauliches Gespräch mit dem Journalisten nicht geführt zu haben. Dieser hatte daher keine Verantwortung mehr. Die Aufgabe über das Gespräch zu verweigern. Marx wurde mit Rücksicht darauf, daß nun eine Verdunstungsgefahr nicht mehr vorliege, aus der Haft entlassen.

Das Verhalten der Gerichtsbehörden im Falle Marx ist recht merkwürdig. Als Marx am Montag der vergangenen Woche verhaftet wurde, da erklärte die Staatsanwaltschaft einem Mitgliede des Allgemeinen Beamtendenksverbandes, Marx werde solange in Haft verbleiben, bis er selbst die Beschuldigung, er habe Emonts Mord begünstigt, zerstreuen könne. Wir haben damals schon darauf hingewiesen, daß diese Erklärung der Staatsanwaltschaft eine völlige Verkennung der Aufgaben dieser Behörde bedeutet. Sie hat die Pflicht, den Täter zu ermitteln, darf aber nicht gegen irgend jemand eine Beschuldigung erheben und diesem dann zumuten, den Beweis dafür zu erbringen, daß die Beschuldigung hinfällig sei. Das Verfahren der Staatsanwaltschaft in diesem Falle erinnert beinahe an die mittelalterliche Prozeßführung. Der Untersuchungsrichter scheint denn auch eingesehen zu haben, daß sich die Staatsanwaltschaft eines Mißtritts schuldig gemacht hat, und so mußte Marx wieder freigelassen werden.

Warnung vor Anwerbung zum Wiederaufbau.

Das W. L. V. verbreitet eine amtliche Mitteilung, nach der erst das Ergebnis der von der am 30. Juli nach Versailles geschickten Kommission gepflogenen Verhandlungen mit der Entente über die Weisung deutscher Arbeiter für den Wiederaufbau Nordfrankreichs abgemacht werden soll. Bevor Arbeiter zu diesem Zweck angeworben werden, sind dahin seien alle Bewerbungen von Arbeitern usw. zurückzuweisen. Auch wird dringend davor gewarnt, sich jetzt schon von Agenten für den Wiederaufbau anwerben und nach Frankreich schicken zu lassen.

Internationaler Sozialistenkongreß.

Zugern, 3. August. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) In der Sonnabend-Nachmittagsitzung des Internationalen Sozialistenkongresses gab der schriftliche Bericht des Exekutiv-Ausschusses über seine Tätigkeit seit dem Berner Kongreß Anlaß zu längerer Aussprache. Cahin (Frankreich) und Macdonald (England) forderten ein entschiedenes Vorgehen gegen die Entente-Regierungen. Macdonald sprach sich scharf gegen eine Unterjochung Ostlands durch die Entente aus. Trepelkra (Holland) führte aus, das neue Programm der zweiten Internationale müsse einen ausgesprochen revolutionären Charakter tragen, um das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen, da die ausländische Anwendung parlamentarischer Methoden nicht zum Ziele, wohl aber die Arbeiter zur dritten Internationale geführt habe. Welsch-Deutschland (Rechtssozialist) betonte, daß der Entschuldigungsstempel gegen den Kapitalismus heute an Amerika und England übergegangen sei, da diese Länder sich im Besitz von Rohmaterialien befänden. Die deutsche Arbeiterklasse erbeise von der zweiten Internationale die Schaffung eines wirklichen Völkerbundes. Guyman nahm den Ausschuh gegen die Vorwürfe in Schutz und erklärte, die Lage der Internationale sei nicht abhängig von dem Ausschuh, sondern von dem Vertrauen der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern selbst. Kewer (Tschechoslowakei) bemerkte, daß die zweite Internationale dafür sorgen müsse, daß sie nicht nur mit einem schönen Programm ohne Arbeiterbastei, sondern eine wirkliche Bewegung sei, die die Wiederherstellung der zweiten Internationale unmöglich sei ohne eine endgültige Lösung der Frage der Verantwortlichkeit. Zwischen der zweiten und der dritten Internationale sei eine Vereinigung unmöglich. Kallenbührer wies darauf hin, daß die deutsche Regierung entschlossen sei, die Frage der Verantwortung völlig zu klären. Die deutschen Sozialisten seien bereit, diese Frage auf dem nächsten Kongreß zur Debatte zu stellen. Damit wurden die Verhandlungen geschlossen.

Der Kongreß ernannte zwei Kommissionen, die bis Mittwoch Bericht zu machen haben über die Stellung der zweiten Internationale zur allgemeinen politischen Lage und zur Frage des Wiederaufbaus der Internationale.

Die nächste öffentliche Sitzung findet Mittwoch vormittag statt.

Bern, 2. August. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) Die am Sonnabend in Zugern zusammengetretene Sozialistenkonferenz wird voraussichtlich bis 10. August dauern. Bis jetzt sind aus folgenden Ländern Delegierte anwesend: Großbritannien, Frankreich, Holland, Dänemark, Ungarn, Tschechoslowakei, Georgien, Russland, Deutschland, Österreich, Italien, Armenien, Italien, Luxemburg, Litauen, Schweden, Lettland, Norwegen, Portugal und Spanien.

Der schweizerische Massenstreik.

Zürich, 3. August. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) Die Streikleitung verlangt die Schließung aller Wirtschaften während der Dauer des Streiks. Der Regierungsrat hat sich geweigert, den Ausschuh von alkoholischen Getränken zu verbieten. Von Montag ab werden nur noch Milchwerke nachfahren. Der Bankpersonal-Verband unterstützt die Forderungen der Arbeiter, hat aber noch keinen Beschluß über seine Teilnahme am Streik gefaßt. Vor der Einigungs-Kommission in Zürich fanden Verhandlungen zwischen den Textilarbeitern und den Seiden-Industriellen statt. Für den Schlichterspruch, der eine Erhöhung des Stundenlohnes um 20-25 Prozent verleiht und die Urlaubsdauer regelt, wurde eine Frist von drei Tagen gestellt. Der Stahlkommandant in Rorschach weist in einem Aufruf u. a. darauf hin, daß einstreikende Arbeiter einen neuen Anmarsch des Militärsparapentes der Truppen auch bei widerboligen Versöhnungen ohne weiteres von der Waffe Gebrauch machen werden. Der Zentralvorstand der schweizerischen Sozialen Arbeitervereine lehnt den Streik als rein politisch und bolschewistisch ab und ersucht die Gewerkschaften und Behörden um Schutz der Arbeitwilligen.

Streikbewegung in den Vereinigten Staaten.

Chicago, 1. August.

Ein sofort in Kraft tretender, sich über das ganze Land erstreckender Streik der Eisenbahn- und Aden-Angestellten ist verhängt worden.

Washington, 1. August. (New York.)

Wilson ersuchte den Kongreß, eine Kommission zu ernennen, die sich mit der Untersuchung der Forderungen aller Eisenbahnangestellten befassen soll.

N. H. Coan, 2. August.

Aus Chicago wird gemeldet: Etwa 100 000 Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten in Chicago haben heute die Arbeit niedergelegt. In den Südstädten haben über 30 000 Arbeiter ebenfalls die Arbeit eingestellt. In Philadelphia, Boston usw., überall wird gestreikt.

Der Elektrizitätsstreik in Oberschlesien.

Oberschlesien wird uns geschrieben: Am 27. Juli kündigte das Staatskommissariat für Oberschlesien eine Mitteilung über die Verhandlungen zur Verlegung des Streiks in den zentralen Chorzow und Baborze. Demnach soll der sozialistische Gewerkschaftsführer Hoffmeister die Verhandlungen zu dem Ergebnis geführt haben, daß die Streikenden ihrer Ablehnung der Kohlearbeiten abließen und sich bereit erklärten, wenigstens den Gruben sofort Strom zu liefern. Die Kohlewerke widersprachen völlig der Wahrheit. Als die Arbeitsauschüsse der betroffenen Gruben am 28. in Katowitz eintrafen, um mit den Vertretern der Streikenden zu verhandeln, verweigerte Herr Hoffmeister gemeinsam mit dem Direktor der Elektrizitätswerke, den Arbeiterschuß der Kohlenhülle von der Teilnahme an den Verhandlungen auszuschließen. Nach etwa zweistündiger Debatte mußte Hoffmeister die Sitzung ergebnislos abbrechen. Darauf übernahm Genosse Diermann, Mitglied eines der Grubenausschüsse, den Vorsitz und erreichte nach längeren Verhandlungen, daß sich die Streikenden bereit erklärten, soviel Strom zu liefern, daß die Gruben nicht erlaufen könnten. Hoffmeister ist hierbei überhaupt nicht zu Wort gekommen. Es ist eine grobe Fälschung, wenn das Staatskommissariat die Verhandlungen als Erfolg des Herrn Hoffmeister in der Welt posant. Wie hoch die ober-schlesischen Arbeiter diesen einschätzen, geht am besten aus einer in der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Katowitz am folgenden Tage angenommenen Resolution hervor, die die sofortige Freilassung Hoffmeisters aus Oberschlesien fordert.

Neue Streiks in Oberschlesien.

Katowitz, 2. August.

Die Paulusgrube ist heute in den Ausstand getreten, da die Belegschaft die Einstellung von etwa 20 Grenzsoldaten mißbilligt. Die Deutschen in der Grube sind von den zuständigen Bergwerksbeamten geschloffen worden, weil nach Abweisung des Direktors Blagosch durch die Arbeiter, die Belegschaft sich geschlossen hinter den Direktor stellt und in den Abwehrstreik trat. Der Betrieb der Grube konnte ohne technische Beamte nicht weitergeführt werden.

Der Streik der Kohlearbeiter.

Magdeburg, 2. August.

Auch die Arbeiter der Kohlewerke in Staßfurt, Leopoldshall und Neu-Staßfurt sind in den Streik getreten. Die Metallarbeiter von Staßfurt haben sich dem Ausstand angeschlossen.

Magnahmen gegen die Kohlennot.

Offiziell wird mitgeteilt: Die für diesen Winter drohende Kohlennot, die auch Gegenstand einer Intervention der deutschen nationalen Volkspartei ist, wird in der Cessensicht wiederholentlich als Anlaß zur Anfrage an die Regierung angenommen. Am 2. August ist die Unterredung, als läge hier eine Unterlassung der Regierung vor. Das ist unrichtig. Das Kabinett hat sich schon vor, zuletzt am Mittwoch, den 30. Juli, in ausführlichen Besprechungen mit der preussischen Regierung und allen in Betracht kommenden Dienststellen mit der Angelegenheit beschäftigt. Nächsten Mittwoch ist auf Veranlassung des Herrn Reichspräsidenten in Berlin eine große Versammlung anberaumt, an der Vertreter der drei Bergarbeiterverbände, der Gewerkschaftsagenten und der Zentralen der Angestelltenorganisationen des Rheinisch-Westfälischen Bergarbeiterverbandes und des Oberschlesischen Bergarbeiterverbandes einbezogen sind. Es sollen dabei Maßnahmen durchberaten werden, durch die eine Erhöhung der Kohlenförderung erzielt werden kann.

Freigabe der Fische.

Die Wirkung vom 4. August 1919 hat die zuständige Behörde die inländische Gewirtschaftung für Fische und Fischprodukte aufgehoben. Die Einfuhr von Fischen und Fischwaren bleibt nach wie vor zentralisiert.

Gompers und Legien.

Am letzten Tage des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Amsterdam sind zwei gleichwertige Verträge unterzeichnet worden: Gompers aus Amerika und Legien aus Deutschland. Es handelte sich um die Frage, ob die Gewerkschaften die von der Entente im Oktober oder November veranstaltete Konferenz, die sich mit der Arbeiterorganisation im Völkerbund befassen soll, beidermaßen sollen oder nicht. Eine Kommission hatte eine Resolution vorgelegt, wonach die Konferenz von Washington nur dann besucht werden soll, wenn sie sich die Richtlinien der Amsterdamer Konferenz zu eigen mache. Im Plenum erklärten jedoch die Vertreter Englands und der Vereinigten Staaten, daß sie vorher schon beabsichtigt hätten, die Washingtoner Konferenz zu besuchen. Sie würden in jedem Falle hinreisen.

Herr Legien nannte diese Konferenz eine Torheit, und er ist dabei eine Reihe von Reueparagen, die nach der auch sonst von ihm zur Schau getragenen Gesinnung entworfen wurden. Zuerst mochte er sich darüber lustig machen, daß die Völkerbünde auch kleinere Staaten angehören und daß diese auf der Washingtoner Konferenz vertreten sein sollen. Dann behauptete er, diese Konferenz sei eine Konferenz für die Interessen der Unternehmer. Er kam zu diesem Urteil deswegen, weil dort auf zwei Regierungsvertreter ein Vertreter der Unternehmer und ein Vertreter der Arbeiter kommen soll. Damit könne man keine Arbeiterinteressen fördern. Wenn der offizielle Vorkämpfer dieser Reueparagen Legien sinngemäß wiederholt, so hat sich selbst und die von ihm vertretene Gewerkschaftspolitik treffend gekennzeichnet. In Deutschland gründen er und seine Gesinnungsgenossen die Arbeitsgemeinschaft und keine Gewerkschaften. Die Arbeiter und preist sie als die edelste Blüte am Baume der gewerkschaftlichen Kampfbewegung. Wenn aber die Gewerkschaftsführer der Entente genau dieselben Methoden anwenden wollen, dann ist es Verrat an den Arbeiterinteressen.

Herr Gompers, den man früher nicht anders als einen Bekanntheitsfreund von Legien kannte, der vor dem Kriege Legien auf wärmste verteidigt worden ist, als die Arbeiterpresse die unternehmerfreundliche Arbeit des Herrn Gompers insinuierte, dieser Gompers war über seinen Freund außerordentlich aufgebracht. Er meinte, daß Legien das Kaiserreich und den Krieg verteidigt habe, womit er nicht ganz unrecht hat, und das beweise, daß man auch auf diesem Kongress das Kaiserreich verteidigen wolle. Deutschland, Deutschland, über alles! Geht jetzt nicht mehr. Diese blühenden Bemerkungen scheinen die deutschen Delegierten verstimmt zu haben, sie machten ihrem Wogger mit einigen „Ami“ -rufen Luft.

Wir wollten uns in den Streit zwischen Gompers und Legien nicht einmischen. Das eine darf gesagt werden, daß die beide recht haben, nach dem bekannten Gedicht Heines von dem Rabbi und dem Rind.

Internationaler Gewerkschaftskongress.

Amsterdam, 2. August.

Nach den Ausführungen von Roubaux erklärte Stuart Hanna (England), daß die englische Delegation sich den Geist der Ausschließung der zweiten Kommission über die Konferenz von Washington durchaus anerkenne. Die Engländer hätten jedoch schon beschlossen, nach Washington zu gehen. Wenn 1. sei es besser, hinzugeben, als wegzulassen. 2. würden auf der Washingtoner Konferenz die Regierung, die Arbeiter und die Arbeitgeber anwesend sein. Wenn die Arbeiter möglichen, würde sich ihre Lage dadurch verschlechtern. Die Engländer wollten nicht die Möglichkeit verpassen, in Washington für die Arbeiter etwas Besseres zu schaffen, als das Völkervertrag.

Gompers (Amerika) erklärte im Namen der amerikanischen Delegation, daß auch er sich den Geist der Ausschließung anerkenne. Auch die amerikanische Delegation sei nicht in jeder Hinsicht mit dem Vertrag von Versailles zufrieden. Auch sie hätten beabsichtigt, mehr und Besseres zu erreichen. Roubaux könne das behaupten. Es sei ihnen jedoch nicht möglich. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte Gompers, daß die Amerikaner seiner Auffassung erklärten, daß die Konferenz nicht anwesend gewesen seien und sich daher nicht an das Programm von Venedig gebunden betrachten. Das Arbeitsabkommen von Venedig gehe außerdem viel weiter, als das Berner Programm. Gompers sagte, der internationale Gewerkschaftsbund ist eine neue Organisation, die mit der alten nichts zu tun hat. Die amerikanische Arbeiterkraft wünscht daher durch das Berner Programm auch in Zukunft nicht gebunden zu werden. Gompers fragte, wobei dann der Kongress die Macht nehme, in einem zweiten Anlauf die Entscheidung freizulegen, daß sie für alle auf dem Kongress vertretenen Gewerkschaftsverbände bindend sei. Dem amerikanischen Delegierten sei mit einem Teil der Entscheidung nicht einverstanden. Er werde insoweit des Beschlusses der amerikanischen Gewerkschaftszentrale an der Konferenz in Washington teilzunehmen. Wie er von zuverlässiger Stelle erfahren, werde die Konferenz in Washington von Oktober auf November verschoben werden, so daß alle Länder ihre Delegierten nach Washington entsenden könnten. Die Amerikaner hätten an sich nichts gegen die Entscheidung und würden ihre Forderung, daß der Völkerbund ein Bund der Völker sein solle, durchsetzen. Darauf trat eine Pause ein.

Am Beginn der weiteren Sitzung erklärte Duerr (Schweiz), die Autonomie der Gewerkschaftszentrale müsse aufrechterhalten werden. Er bot zum Schluß, der Kongress möge die Entscheidung einstimmig annehmen. Roubaux (Frankreich) erklärte, er habe keine Bedenken, die von den Regierungen zu fordern habe. Gewerkschaftskongress von den Regierungen zu fordern habe, er sei eine absolute Notwendigkeit, daß die Arbeiter aller Länder an der internationalen Arbeiterorganisation teilzunehmen. Man dürfe nicht einen kapitalistischen Imperialismus fördern, einen Imperialismus der Arbeiter bekommen. (Beifall.) Roubaux schloß: Wenn nicht alle Länder nach Washington kommen, dann ist die Konferenz von Washington von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Er ersuchte den Kongress noch einmal, die Entscheidung einstimmig anzunehmen.

Amsterdam, 3. August.

Am weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung des Gewerkschaftskongresses teilte sich Veretto (Spanien) für die einstimmige Annahme der Resolution ein. Er schloß vor, die Entscheidung nicht nach Washington gehen werde, wenn nicht bestimmte Forderungen erfüllt werden. Hynes (Amerika) erklärte, er habe bereits in der Kommission mitgeteilt, daß die Amerikaner durch einen Beschluß des amerikanischen Arbeiterbundes gebunden seien, an der Konferenz in Washington teilzunehmen. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Kommission, um die Erstellung einer Vebereinstimmung zu erleichtern, eine Liste von Änderungen vorgenommen und in dem Satz, in dem steht, daß das Berner Programm als Arbeitsabkommen angenommen werden solle, die Worte „Bernes Programm“ durch die Worte „das auf dem Amsterdamer Kongress formulierte Programm“ ersetzt habe.

Legien (Deutschland) bedauerte, daß Stundenlang über eine Resolution verhandelt werde, die von der Kommission einstimmig angenommen worden sei. Er sagte u. a., die ganze Washingtoner Konferenz sei eine Torheit. Sie beschäufte sich mit Sachen, die vielleicht für eine Konferenz vor zwanzig Jahren geeignet gewesen wären. Was nähme an der Konferenz teil? Wer sei Mitglied des Völkerbundes? Legien gab eine Liste der Mitglieder des Völkerbundes an und nannte eine Anzahl Staaten vom Range Völkervertrag, Peru und die Republik El Salvador. Außerdem läse auf zwei Regierungsvertreter und einen Vertreter der Unternehmer mit ein Vertreter der Arbeiter. Es sei zu drüben anzunehmen, daß Arbeiterinteressen auf diese Weise besprochen werden könnten, und zu glauben, daß die Parlamente derartiger Staaten die in Washington gefassten Beschlüsse annehmen würden. Die Washingtoner Konferenz sei eine Konferenz für die Interessen der Unternehmer. Legien fuhr fort: Damit haben wir nichts zu tun. Unsere Arbeit ist die Förderung der Arbeiterinteressen. Gompers habe erklärt, ein deutscher Vertreter in Paris habe gesagt, das Arbeiterprogramm gehe in vieler Hinsicht weiter als das Berner Programm. Wer ist das gewesen? Er selbst sei nicht in Paris gewesen. Es wäre mit der Würde der Arbeiterklasse nicht zu vereinbaren, an einer Konferenz teilzunehmen, von der sie keine Gewinne habe, daß sie dort ihr Recht finden würde. Dies sei aber nicht der Fall auf einer Konferenz, die von Arbeiterführern wie Gompers veranstaltet werde. Der Kongress müsse demonstrierend erklären, daß die anwesenden Vertreter der Arbeiterorganisationen nur die Interessen der Arbeiter und nicht die der Unternehmer vertreten. Ein Kompromiß sei hier nicht möglich.

Gompers erklärte, in Venedig seien keine Vertreter der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung anwesend gewesen und die amerikanischen Delegierten hätten guten Grund gehabt, nicht nach Venedig zu gehen. Deshalb sei die amerikanische Gewerkschaftsbewegung weder durch das Programm von Venedig, noch durch das von Bern gebunden. Er habe dies sofort nach der Venediger Konferenz durch Telegraphie mitgeteilt. Er sagte: Wir haben hier eine Organisation, die mit Venedig oder Bern nichts zu tun hat. Wir haben uns nur an die Beschlüsse dieser Konferenz zu halten. Alle Länder müssen zur Teilnahme an der Washingtoner Konferenz eingeladen werden. Die Einladung wird durch die amerikanische Regierung geschickt. Die Einladungen sind aber noch nicht abgeschickt worden. Er wende sich nur deshalb gegen die Resolution, da sie von den Amerikanern etwas Unmögliches verlange. Durch die Annahme der Resolution an würden die Kinderheiten bedroht und die Demokratie vernichtet werden. Legien sagte, daß jeder, der nicht für diese Resolution stimme, im Interesse der Unternehmer handle. Dies wolle er juristisch. Ein solcher Ausdruck von jemand, der das Kaiserreich und den Krieg verteidigt habe, beweise, daß man auch auf diesem Kongress das Kaiserreich verteidigen wolle. (Beifall bei den deutschen Delegierten.) Deutschland, Deutschland über alles, geht jetzt nicht mehr. Amerika über alles! Gompers ersuchte den Kongress, er möge der amerikanischen Delegation erlauben, für die Resolution Stimmen zu sammeln und häufig vor, die beiden Stellen, daß die Resolution für alle bindend sei, und daß man nicht nach Washington gehen würde, wenn den gestellten Bedingungen nicht entsprochen würde, zu streichen.

Smetwiel (niederländischer Syndikalist) sagte u. a.: Wir sind jetzt eine Woche hier beisammen, aber von dem internationalen Geist habe ich auf diesem Kongress nichts bemerkt. Wohl aber Nationalismus auf allen Seiten. Ich bezweifle, ob die Zustände in Washington anders sein werden. Nach langer Debatte wurde von Williams (England) ein Amendement eingebracht, in dem beantragt wird, aus der Resolution den Satz zu streichen, daß man an der Washingtoner Konferenz nicht teilnehmen würde, wenn die beiden in der Resolution enthaltenen Bedingungen nicht erfüllt werden. Dieses Amendement wurde mit 28 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Die englische Delegation war inzwischen schon abgereist. Gompers erklärte, daß sie dafür gestimmt haben würde, wenn sie anwesend gewesen wäre, und wünschte die Aufnahme dieser Erklärung in das Protokoll. Ein zweites von Williams eingebrachtes Amendement, das die Streichung des letzten Absatzes der Resolution beantragte, wurde mit 31 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Auch hier wird im Protokoll erwähnt werden, daß England dafür gestimmt haben würde.

Roubaux verwies auf die von den französischen Unternehmern geführte Kampagne gegen den Achtundneunzigstag und sagte, die französischen Unternehmer erklärten, daß die deutsche Regierung die Absicht habe, den Neunundneunzigstag und später den Neundundneunzigstag wieder einzuführen. Er ersuchte die deutsche Delegation um eine Erklärung, die es ermöglichen würde, diesen Behauptungen entgegenzutreten. Legien sagte, er wolle nicht, wie man an diesen Behauptungen gekommen sei. In Deutschland sei der Achtundneunzigstag während der Ernte. Von englischer Seite sei der idiosynkratische Vorschlag gemacht worden, daß die deutsche Arbeiter eine Stunde länger arbeiten und den Lohn dafür zur Tilgung der Kriegsschuld an die deutsche Staatskasse abliefern sollten. Die deutschen Gewerkschaften hätten diesen Vorschlag sofort verworfen. Über gab eine absolute Erklärung für Deutschland ab.

Hieraus gelangten die Resolutionen der drei Kommissionen zur Beratung. Die erste handelt von der Blockade. Die Kommission ersucht den Kongress, die von den alliierten Ländern gegen Rußland und Ungarn organisierte Blockade zu verurteilen und erklärt, daß es die Pflicht der Landeszentralen sei, in ihren Ländern auf eine möglichst rasche Aufhebung dieser Blockade einzuwirken. Ferner ist die Kommission der Ansicht, daß es eines der ersten Pflichten des Vorkongresses der neuen Internationale sei, eine Unterbindung der Gewerkschaftsbewegung in Rußland einzuleiten, damit die Landeszentralen sich über die Mittel, mit denen der russischen Gewerkschaftsbewegung geholfen werden könne, unterrichten können. Der erste Teil dieser Resolution wird mit allen gegen die Stimmen der Amerikaner angenommen. Gompers wünscht wieder zu Protokoll zu nehmen, daß auch England dagegen gestimmt haben würde, wenn die Delegierten anwesend gewesen wären. Legien ist dagegen auf. Es wurde mitgeteilt, daß Williams selbst in der Kommission die Resolution aufgestellt habe, und daß ihr auch die anderen europäischen Delegierten zugestimmt hätten. Der zweite Teil der Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die zweite Resolution handelt von der Sozialisierung. Die Kommission ersucht den Kongress zu erklären, daß es notwendig ist, auf die Sozialisierung der Produktionsmittel hinzuwirken. Die Gewerkschaften seien dafür die gegebenen Organe. Deshalb beauftragte der Kongress den Bureau, alle Informationen über die bisherigen Sozialisierungsversuche zu sammeln, und das Ergebnis den angeschlossenen Landeszentralen mitzuteilen. Die Kommission ersucht den Kongress ferner, zu bedenken, daß das allgemeine Wohl durch Sozialisierung der Produktionsmittel nur bei einer normalen, organisierten und allmählich entwickelten Produktion gefördert werde. Nur dann sei die Sozialisierung zweckmäßig und möglich. Die Resolution wurde mit allen Stimmen bis auf die der Amerikaner und der niederländischen Syndikalistin angenommen.

Die dritte Resolution handelt vom Völkerbund. Der internationale Gewerkschaftskongress von 1919 erklärt, daß der Völkerbund auf dem Willen und der Mitwirkung aller Völker gegründet sein müsse. Es dürfe nicht mehr vorkommen, daß die Völker mit Gewalt ihre Sonderbestrebungen verfolgen. Der Völkerbund müsse zu einer Weltgemeinschaft ausgebaut werden, die von dem Druck der einzelnen Regierungen befreit sei. Der Völkerbund zum Friedensbund müsse auf dem Wege der allseitigen Mitarbeit entstehen, und die Freizügigkeit der Völker müsse ausschließlich durch die Mittel bewirkt werden, die dem

internationalen Gerichtshof zur Durchführung seiner Beschlüsse zur Verfügung stehen. Der Völkerbund müsse über gesetzgebende und richterliche Macht verfügen, die aber von einander getrennt sein müssen. Der Internationale Gewerkschaftskongress spreche die Erwartung aus, daß die gleichzeitige Körperlichkeit des Völkerbundes des allgemeinen Wohls unter den Völkern hervorragen werde. Die Tätigkeit des Völkerbundes dürfe nicht auf das politische Gebiet beschränkt bleiben, sondern müsse sich auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker untereinander ausdehnen. Die wirtschaftliche Aufgabe des Völkerbundes sei, die Arbeitskraft der Völker zu stärken, die Bildung und Beschäftigung der Arbeiter zu fördern, die Arbeit rational und wissenschaftlich zu organisieren und die internationale Regelung des Gewerkschaftsrechts zu organisieren. Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß die arbeitende Klasse sich, wenn sie verhalten will, daß der Völkerbund Mittelpunkt der Reaktion und Unterdrückung werde, international organisieren müsse, um zu einer solchen Macht zu gelangen, daß sie eine wirksame Organisation zur Kontrolle über den Völkerbund wird. Diese Resolution wird mit allen Stimmen gegen die der Amerikaner, der deutschen Syndikalistin und der niederländischen Syndikalistin angenommen.

Zum Schluß erklärte Gompers, auf dem Kongress seien verschiedene Beschlüsse zum Ausdruck gekommen, die erklärlich und menschlich seien. Die Amerikaner müßten aber nach ihrem Verstand mit dem Vorschlag zurücktreten, dort für die Stärkung der internationalen Verbündeten zu arbeiten. Er hoffe, daß auf der nächsten Zusammenkunft jede Verbitterung und jedes Mißverständnis überwunden sein werde.

Legien erblickte in diesem Kongress einen Beweis dafür, daß der internationale Geist nicht tot sei. Die Statuten seien in der Form, in der sie angenommen seien, von dem Geist der europäischen Arbeiterbewegung befecht.

Am 9. Uhr abends schloß der Vorsitzende Dudegues mit der Versicherung, daß das, was hier aufgeführt worden sei, nicht verloren gehen werde, den 8. August. Ein Antrag der französischen Delegation, den nächsten Kongress im Jahre 1920 in Paris abzuhalten, wurde dem Bureau überwiesen.

Gewerkschaftliches.

Eine stürmische Postausbeleger-Versammlung.

Am gestrigen Sonntag vormittag tagte eine sehr zahlreich besuchte, durch den Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter andererseits Veranstaltung von Postausbelegern und Ausbelegerinnen. Einleitend wurde von Wabbert (Deutschland) ein Vortrag gehalten, in dem er den verlassenen Streik der Postausbeleger kritisch beleuchtete.

An den Vortrag schloß sich eine sehr ausgedehnte stürmische Debatte, in der der Gegenstand zwischen dem Zentralverband der Postausbeleger und dem Gewerkschaftsbund (dieser herabgesetzt) sich als ein Streit zwischen dem Zentralverband der Postausbeleger und dem Gewerkschaftsbund herausstellte. Die Postausbeleger wollten sich nicht, ohne ein Mandat von der Arbeitnehmerschaft zu haben, in die Bewegung einmischen. Am zweiten Tage des Streiks habe der Sekretär und ein Herr Klein sich eigenmächtig an leitende Herren der Oberpostdirektion gewandt und dadurch die Streikbewegung verpaid. Wabbert hat dem Zentralverband seine Ansicht ebenfalls mit Schärfe gegen die Einberufung der Versammlung, die nur einen ganz geringen Prozentsatz des Personal hinter sich hätten, sich jedoch aus Organisationsgründen in den Vorberesung zu drängen versucht, der Bewegung jedoch damit einen äußerst schädlichen Dienst erwiesen. Der Gewerkschaftsbund habe ein Zusammengehen mit den in der Arbeiterbewegung organisierten Kollegen, insbesondere mit dem Transportarbeiter-Verband gänzlich vermieden, er sabotierte den Abschluß eines Tarifvertrages.

Der Sekretär Wabbert polemisierte gegen die Ausführungen der beiden Diskussionsredner, behauptete, daß die Sachleitung den Streitenden eine Verfügung der O. P. D. vorgehalten habe, und daß die Anhänger des Zentralverbandes der Postausbeleger mit demorganisierten Mitteln und Unwahrscheinlichkeiten arbeite. Der weitere Verlauf der Debatte wurde außerordentlich stürmisch.

Am Schluß der Versammlung kam es dadurch zu Zusammenstößen, daß der Leiter der Versammlung die von dieser festgesetzte Redezeit bei Rednern, die für den Gewerkschaftsbund sprachen, willkürlich verlängerte, bei Gegnern strikte innehielt und eine von den Anhängern des Zentralverbandes eingebrachte Resolution der Versammlung vorzeigte. Nach dem allgemeinen Tumult, der sich wegen der Angriffe gegen den postfälligen Versammlungsleiter erhoben hatte, forderte Wabbert die Anhänger des Zentralverbandes auf, den Saal zu verlassen, welcher Aufforderung von sämtlichen Versammlungsbesuchern befolgt wurde, so daß es dem Sekretären unmöglich wurde, sein Schlußwort zu halten.

Streik der Provisions-Generalagenturen-Angestellten der Versicherungsbetriebe.

Die in den Provisions-Generalagenturen beschäftigten Angestellten bieten gestern vormittag in den Sophien-Sälen eine Versammlung ab, die über den Eintritt in den Streik zu beschließen habe. Koppe vom Verband der Bureauangestellten schilderte die jetzigen Verhandlungen mit den Provisions-Generalagenturen wegen Anerkennung des am 12. Mai d. J. abgeschlossenen Reichsbanktarifs für die Versicherungsbeamten. Die Generalagenturen wollten dem Reichstarif zustimmen, verlangen aber gleichzeitig über Arbeitszeiten, Kündigung usw. Die Angestellten lehnten jede Abänderung ab, da ihre Arbeit nicht niedriger sei, als die der Direktionsangestellten, für sie gelte nur der Tarif vom 12. Mai. Wabbert vom Zentralverband der Bureauangestellten teilte mit, daß die Kollegen in Karlsruhe, Breslau, Leipzig und Dresden bereits seit Sonnabend im Ausstand stehen, daß er in Halle und Magdeburg beverleht. Die Streikparole könne nur lauten: Anerkennung des Reichstarifs. Thema vom Transportarbeiterverband erklärte für die Ruhebewerker, Assistenden usw., daß diese sich bei einem Streik an die Seite der Angestellten stellen würden.

In der Diskussion wurde vielfach hervorgehoben, daß zur Durchführung eines Streiks die Solidarität der Direktionsangestellten nötig wäre. Dem wurde entgegengehalten, daß das gar nicht wünschenswert sei. Es wurde darauf hingewiesen, daß am Montag im ganzen Reich die Kampf beginnt, und daß Berlin nicht zurückbleiben könne. In der geheimen Abstimmung wurden 122 Stimmen für, und 9 Stimmen gegen den Streik abgegeben bei 80 Stimmenthaltungen. Demgemäß wird von Wabbert ab die Arbeit bei den Provisions-Generalagenturen.

Demnächst erscheint
haases Anklagerede
in der
Nationalversammlung zu Weimar
Preis 50 Pfg.
Bestellungen richte man sofort zu die Verlagsanstalt
„Freiheit“ 6. u. d. H., Berlin NW, 6, Abt. Buchhandlung
Schiffbauerdamm 19.

Groß-Berlin.

Das Arbeiterportfest im Stadion.

Am gestrigen Sonntag sah das Stadion im Grunewald zum erstenmal Arbeiterportfest versammelt. Der Gau I Brandenburg des Arbeiter-Turnerbundes hielt hier sein Sportfest ab, und er kann mit dem Erfolg durchaus zufrieden sein. Trotzdem das Wetter nicht gerade günstig war, hatten sich doch etwa 20 000 Besucher eingefunden, die den zahlreichen und abwechslungsreichen Wettkämpfen mit lebhaftem Interesse folgten. Die Wettkämpfe selbst erfreuten sich ebenfalls einer regen Beteiligung seitens der beim Wunde angezogenen Vereine und Mitglieder. Es beteiligten sich im ganzen daran rund 2500 Sportler aus dem ganzen Reich, darunter 1000 Männer, 800 Frauen und 1900 Knaben und Mädchen. Die Leistungen, die gezeigt wurden, waren zum großen Teil sehr gute, und mit Stolz kann der Arbeiterport darauf bilden. Die bürgerlichen Sportvereine, die früher mit ihren Leistungen prahlten und auch in dieser Hinsicht verächtlich auf die Arbeitervereine blickten, sind von letzteren auch in sportlicher Beziehung bereits eingeholt, wenn nicht gar schon überrollen. Leider sind auch heute noch viele Arbeiter und Angestellte in diesen bürgerlichen Vereinen, die immer noch in den traditionellen Bahnen des Sportpatriotismus wandeln und deshalb auch noch die Unterstützung der nationalitätlichen Kreise genießen. Das gestrige Sportfest im Stadion hat gezeigt, daß die Arbeiterportvereine ihre Mitglieder ebenfalls zu guten Leistungen heranzubilden in der Lage sind. Deshalb sollte es Pflicht eines jeden Arbeiters und Angestellten sein, diese Vereine durch Beitritt zu ihnen zu stärken. Am 24. August wird das Arbeiter-Sportfest durch ein abermaliges Sportfest im Stadion erneut Gelegenheit geben, sich von der Leistungsfähigkeit der Arbeiterportvereine zu überzeugen.

Die gesamten Einzelleistungen des gestrigen Tages hier zu registrieren, fehlt uns leider der Raum. Wir lassen daher nachstehend nur einige Resultate der wichtigsten Veranstaltungen folgen:

Hochsprung für Männer: Kurland-Bremen 1,55 Meter.
Hochsprung für Jugendliche: Friedrich-Matzenow 1,50 Meter.
Hochsprung für Frauen: Schulz-Richtenberg 1,25 Meter.
1000-Meter-Laufen für Jugendliche: Tempel-Lichtenberg 8,4 Minuten, 100-Meter-Laufen für Männer: Duffe-Matzenow 11,4 Sek., 100-Meter-Laufen für Frauen: Schröder-Neufuß 14 Sek., 100-Meter-Laufen für Jugendliche: Linke-Matzenow 12,3 Sek.; **Kugelschleudern für Männer:** Mitschel-Bremen 10,20 Meter, Kugelschleudern für Jugendliche: Rehler-Pichte III und Schaebeitzal-Pichte IV 7,10 Meter; **Schlagballweitwerfen für Frauen:** Weiß-Tegeel 45 Meter; **Schleuderballweitwerfen für Männer:** Zirkel-Horst 48,90 Meter.
Der Wassersport zeigt u. a. nachstehende Resultate:
Stoßschwimmen 4 x 50 Meter: Arbeiter-Schwimm-Verein Neufuß 2,43 1/2 Minuten; **Jugendbrustschwimmen, 100 Meter:**

Montag-Neufuß 1,47 1/2 Minuten; Rüstbrünnen für Männer: Jänisch-Lichtenberg 19 1/2 Punkte; **Damenbrustschwimmen, 100 Meter:** Seeger-Weihensee 2,54 1/2 Minuten; **Wasserballspiel:** Neufuß gegen Weihensee 2:0.

Ein Fußballwettkampf, der den Beschluß des Tages bildete und den kombinierten Mannschaften aus Groß- und Berlin ausfochten, endete mit 1:0 zugunsten von Groß.

60 Pfennig für ein Pfund Kartoffeln.

Der Grüntrahändler Salik in der Pflügerstraße in Neufuß verkaufte am Freitag Frühkartoffeln für 60 Pfennig das Pfund ohne Marken. Der hohe Preis genährte den Herrn aber noch nicht. Jeder der Käufer von Kartoffeln mußte auf 5 Pfund noch zwei Pfund saure Rübsen kaufen. Einem herbeigerufenen Beamten des Polizeireviere in der Birkenstraße erklärte der Händler daß er die Kartoffeln mit 65 Pfennig für das Pfund eingelauft habe. Diese Aussage wäre, wenn sie wahr ist, nur eine schöne Illustration zu dem Treiben der Schleichhändler.

Rechtwiedergemessen wurden die Kartoffeln, die eingelaufenermaßen Schleichhändlerware sind, nicht beschlagnahmt, ja nicht einmal der Weiterverkauf wurde dem Händler formell untersagt. Und so braucht man sich nicht zu wundern, daß er noch vollzähliger Ansetz die Kartoffeln mit 60 Pfennig pro Pfund lustig weiterverkauft. Mit einem derartigen Verhalten der Behörden gegenüber dem Schleichhandel kann er natürlich nicht wirkungslos belächelt werden. Da bleibt nur noch die Selbsthilfe der Konsumenten übrig.

100 000 Tons verdorbene Heringe.

In der Morgenausgabe des „Berliner Tageblattes“ vom 1. August findet sich folgende charakteristische Annonce:

Verdorbene Saigheringe
 für technische Zwecke zu verwerten, bietet in Mengen bis 100 000 Tons an Köhlföher, Hamburg, Prachmsallee 7.

So läßt man ein wichtiges Lebensmittel in Massen verderben, während das Volk hungert. Die Behörden sind verpflichtet, festzustellen, aus welchem Grunde die Heringe verdorben sind.

Der Nebenkurs der U. S. B. D.-Arbeiterräte findet am Dienstag, den 5. August, 7 Uhr abends, in den Zellen 23, statt.

Postverkehr mit dem französischen Besatzungsgebiet. Aus der französischen Besatzungszone (ausschließlich Elsaß-Lothringen und Brabantengebiet von Rehl) nach dem unbesetzten Deutschland sind gewöhnliche, eingeschriebene und Wertpakete, auch dringende und Eilbotenstücke, bis zum Höchstgewicht von 25 Kilo, ohne und mit Nachnahme bis zum allgemein zulässigen Höchstbetrag erlaubt. Die Pakete dürfen keine schriftlichen Mitteilungen enthalten. Für beschlagnahmte Pakete wird kein Ersatz geleistet. Zur Befreiung von Wertpaketen sind nur bestimmte Banken ermächtigt. Im übrigen ist ein fast uneingeschränkter Warenverkehr zugelassen. Um für die Liebesgaben- und Strohwaren- und Bekleidungsgegenstände zu vermeiden, werden gewöhnlich Pakete dorthin nur in dringlichen Fällen zu versenden sein. Ferner sind aus dem Brabantengebiet von Rehl nach dem unbesetzten Deutschland Postanweisungen bis zum Höchstbetrage von 100 R. zugelassen.

Lebensmittellieferer.

Tempelhof, 200 Gramm Hülsenfrüchte (55), 125 Gramm Reis (58), 1 Dose Kond. Milch (K. 3 u. K. 3 der Sonderlebensmittellieferer für Kinder Serie 6-12), 500 Gramm Marmelade (63), 35 Gramm Butter, 40 Gramm Margarine, außerdem 50 Gramm Auslandsbutter und 140 Gramm Butter (9 1/2 Einheitsportionen), 250 Gramm Fleisch oder 200 Gramm Fleisch oder Wurstwaren. Ueber Kartoffeln ergibt besondere Besondere Besondere. Anmelden: 500 Gramm Gruppen (50), 500 Gramm Weizenklein (57), 250 Gramm Hülsenfrüchte (68), 250 Gramm Sojabohnen (42 f. Jugendliche).

Belg. In der Woche vom 4.-10. August auf die rotbuckeligen Weizenmehle Nr. 32 f u. g der 3. Zt. gültigen Kartoffelkarte je Person 2 Pfd. Frühkartoffeln. Als Ersatz für fehlende Kartoffeln werden in der 1. Verkaufsstelle gedörrte Kartoffelscheiben und auf Abschnitt 68 Hülsenfrüchte ausgegeben. Diejenigen Einwohner, die sich zum Kartoffelbezug - Abschnitt 14 Triher Kusowels - noch nicht angemeldet haben, werden hiermit aufgefordert, dies umgehend zu tun, da dies selbst nicht beliebert werden können.

Wohnsdorf. Auf Abschnitt 37 200 Gramm Soja, auf Abschnitt 38 100 Gramm Gruppen, auf Abschnitt 47 250 Gramm Honig, auf Abschnitt 51 250 Gramm gedörrte Kartoffelscheiben, auf Abschnitt 55 200 Gramm inländ. Hülsenfrüchte, auf Abschnitt 65 250 Gramm ausländ. Weizenmehl, auf Abschnitt 11 der Einfuhrkartoffelkarte 250 Gramm amerik. Auszugsmehl, auf Abschnitt 40 der Karte für Jugendliche 125 Gramm Grieß, auf Abschnitt 41 125 Gramm Dinkel, auf Abschnitt 42 250 Gramm amerikan. Weizenmehl, auf Abschnitt 11 der neuen Lebensmittelkarte 1 Hering auf die Karte 30 Gramm Butter zu 42 Pf., und 10 Gramm Margarine zu 22 Pf. So anmeldeung auf Abschnitt 56 der Lebensmittelkarte. Als Ersatz für Fleisch amerikanischer Erzeugnisse, auf die Abschnitte der Kartoffelkarte 5 Pfd. Kartoffeln in der Weihensee-Kaufstelle in Finkenberg und auf dem Hofe der alten Schule in Alt-Glienke.

Aus den Organisationen.

Steglitz. Die Professoerversammlung findet heute abend 7 1/2 Uhr nicht Oeslestraße, sondern im Vaulen-Realgymnasium, Kündelstraße, statt.

Reichenow. Die Genossen beteiligen sich an der Professoerversammlung in Steglitz. Etwa 1000 in der „Freiheit“, Lichterfelde, Flugblattverteilung. Die Bezirksführer und Genossen treffen sich zur Empfangnahme Dienstag abend 7 Uhr bei Penck.

Bereinstellender.

Buchdrucker, Schriftsetzer, Stereotypen- und Galvanoplastiker Lehrling Dienstag abend 7 1/2 Uhr im Jugendsekretariat, Schilderstraße 58. Wichtige Versammlung.

Int. Bund Kriegsbesch. u. Hinterbl. Bezirk Norden 2. Dienstag abend 7 Uhr Versammlung Gesellschaftshaus, Schweinemarkt-Str. 42. Legitimierung mitbringen.

Int. Bund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Treptow-Baum- schuleweg. Dienstag abend 7 1/2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei Kubat, Pankstraße, Vorstr. 2.

Jugendliche Vertrauensleute und Schlichter. Montag abend 6 bis 8 Uhr im Jugendsekretariat Ausgabe der Flugblätter für die Klassenversammlungen am Freitag.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Diepp, Neufuß. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, s. G. m. b. H., Berlin. - Druck und Einbindererei und Verlagsbuchhandlung m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Blünowplatz. 7 1/2 Uhr: „Der Kurolog.“

Königlicher Straße. 8 Uhr: Der Hauptling.

Komödienhaus. an der Marschallbrücke. Gastspiel Lucie Hillich. 8 Uhr: Liselott von der Platz.

Berliner Theater. Gastspielregiektion Brommel. 7 1/2 Uhr: Die Dame im Frack.

Residenz-Theater. Untergrund. Klosterstraße. Auszug Straßener Straße. 8 Uhr: Zum 199. Male!

Das höhere Leben. Schauspiel von Sudermann. Regie: Alfred Ritter.

Waldschloß in Schönheide. Tel.: Friedelshagen 65. Jeden Sonntag Tanz.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Frau d. Debitanten. Gartenszene. 8 Uhr: Konzert. Spezialitäten. 7 1/2 Uhr: Das sieht sich jeder an.

National-Theater. 8 Uhr: „Die Familie Mannemann.“

Berliner Prater. Kasernen-Allee 7-9. 1/2 Neptun's Bummelfahrt. Erstklassiges Varieté. In der Tanz- und die täglich Anfang 4 Uhr.

Trianon-Theater. Nr. Friedelshagen, Nr. 422, 129. 8 Uhr: Zum 323. Male!

Der gute Ruf. von Hermann Sudermann.

Wintergarten. täglich 7 1/2 Uhr. Varieté-Vorstellung. Rauchen gestattet.

Schauburg. am Andreasplatz, Andreasstraße 54. Ringkämpfe. Schlägerei gegen Drogen (Lohn- und Drogen) Entscheidung. Vier gegen Drogen. Das große Kino-Programm Honey Forten usw. Personal, Auszug: Sankt Pauli. Beginn 4 Uhr. Ringkämpfe 8 1/2 Uhr.

Waldschloß in Schönheide. Tel.: Friedelshagen 65. Jeden Sonntag Tanz.

Zentralverband der Handlungsgehilfen Ortsgruppe Groß-Berlin.

Versicherungsangestellte! Am Montag, den 4. August, nachmittags 4 Uhr, findet in den Sophienhöfen, Sophienstraße, eine wichtige Versammlung der Angestelltenvereine, Vertrauensleute und Delegierten statt. Es wird um bestimmtes Erscheinen gebeten.

Zentralverband der Handlungsgehilfen. Verband der Versicherungsbeamten. Verband der Büroangestellten.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Mittels Grob-Berlin.

Wittwoch, den 6. August, abends 6 Uhr in Wobersfeld's Hof, Weberstraße 17: **Außerordentliche General-Versammlung.** Tagesordnung:

1. Beschlusfassung über den Schiedspruch des Zentral-Ausschusses.
 2. Verhandlungsangelegenheiten.
- Pünktliches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.** Ohne Delegiertenkarte kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

An die Angestellten und Arbeiter im chemischen Großhandel!

Die Beschlüsse des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes auf dem Wege der Verhandlung einer Tarifrücknahme mit dem Arbeitgeberverband des Berliner Drogen- und Chemikalienhandels sind wichtig zu sein, und liegt der obigen Beschlüsse der Arbeitergehilfen.

Der kaufmännischen Angestellten hat man unannehmbar Gehaltsangelegenheiten gemacht und der Arbeiter-Organisation gegenüber erklärt, die die Arbeiterschaft bei der geringen Lohnüberzahlung keine Unterstützung leisten zu wollen.

Dieses Spiel können wir nicht länger dulden. Die Lage der Angestellten und Arbeiter ist untragbar geworden. Jetzt muß gehandelt werden.

Wir fordern hiermit sämtliche Angestellten und Arbeiter auf, in unserer noch den „Sobienhöfen“, Sobienstraße 17/18, Montag, den 4. August, abends 7 Uhr, einzutreffen.

Versammlung zu erklären und dort den entscheidenden Schritt des Beschlusses entgegenzunehmen.

Es gilt, Beschlüsse von weitergehender Bedeutung zu fassen, und ist es unser Wunsch, daß jeder Angestellte, jedes Jahre Arbeiter und der gesamten Arbeiterschaft bei chemischen Großhandel, am Montag zu sein.

Zentralverband der Handlungsgehilfen Ortsgruppe Groß-Berlin. Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Privatschule für Maschinenschreiben u. Kurzschriften.

der Remington-Schreibmaschinen-Ges. m. b. H. Leiter Rostach. **Gründlichste Ausbildung.** Leipziger Straße 90, III. 9-1 u. 4-7.

Kupfer - Messing - Quecksilber.

Platin, Gold, Silber, Metallabfälle u. Altmetalle kaufen! Peters, Prenzlauer Straße 24, Peters, Rotteckendörfer Straße 12, Höbner, Waldstraße 7, Ebe Turmstraße, Ernst, Gutenerstraße 59, an der Frankfurter Allee, Degener, Schönberg, Bahnstraße 46.

Säle frei für Vereine, Versammlungen, Gesellschaften **Kellers Konzert- u. Festsaal** Kopenstr. 29. **Festsäle** Kopenstr. 29.

Säle frei für Vereine, Gesellschaften, Versammlungen **Berliner Vereins-Konzertsäle** Kommandantenstr. 58 59. Moritzplatz 191 38.

Säle frei für Vereine, Versammlungen, Gesellschaften **Central-Festsäle** Alte Jakobstr. 32. Alte Jakobstr. 32. Direktions Selbiger & Enzler, Norden 9 32 u. 9 29. Kulasse Redaktionen.

Spezial-Arzt für Haut-, Hals- und Frauen- und Kinderkrankheiten.

Leiden, Salzwasser-Kuren, Urogenital- und Blasenkrankheiten, Damen- und Kinder-Abteilung. **Erste und beste Heil-Anstalt Löser** **Dir.: Löser senior.** Spezial-Arzt für Haut-, Hals- und Frauen- und Kinderkrankheiten. Dr. Knott, Frau Löser, nur Rosenthaler Str. 69-70, 11-14. Saal, 11-14.

Spedition Lohmann

befindet sich jetzt bei **Larzek, Ruffinsstraße 35.** Sämtliche Bestellungen sind in Zukunft dorthin zu richten.

Tüchtige Vertreter

zum Verkauf eines Sicherheitsschlusses an Private gegen hohe Provision sofort gesucht. Vorstellung am Mittwoch vor 10 Uhr ab. **F. Adolf Kauffmann, Wallstr. 55/56.**

Schnürsenkel

billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. **Medewitz & Trippke, Brunnenstraße 1.**

„Freiheit“-Leser im 4. Wahlkreis Osten

Unsere Speditionen befinden sich ab 1. August bei dem Genossen Robert Wengels, Kaelner Straße 11, und bei dem Genossen Lode, Markusstraße 23. Sämtl. Bestellungen usw. bitten wir dorthin zu richten.

Kleine Anzeigen **Verkaufe** **Bechsteinflügel.** Duysenflügel, Konzertflügel 200.-, kleiner schwarzer Konzertflügel 195.-, verkauft Ernst, Oranienstraße 164, III.

Salonharmonium 120.-, Konzertharmonium mit Anschlag 100.-, kleineres 80.-, gebraucht, billigst verkauft Berger & Co., Oranienstr. 166. Privatverkauf II. Etage.

Kaufgesuche **Kauf Phonographen-Walzen** jeden Posten zu guten Preisen. E. Wachsmann, G. m. b. H., Charlottenb., Wilschstr. 11, 8.

Kupfer, Silber, Gold, Eisen, Platin

schmelzen, Metallabfälle, Quecksilber, Gold, Silber, Platin, Kupfer, Messing, Eisen, Stahl, etc. **Schneiderstraße 2.**

Ein 2- bis 3-Zimmer-Wohnung

in der Nähe des Hauptbahnhofs, in der Nähe des Hauptbahnhofs, in der Nähe des Hauptbahnhofs. **Offertes mit 5. 11 an die Expedition d. s. Blattes.**

Tiermarkt

Legehühner, Tauben, Enten, Gänse, Kanarienvögel, etc. **Wieners Kreis 29.**

Wanzen und Motten mit Brut

werden radikal vernichtet durch **Radikal-Wanzen- und Motten-Beißerol** in Flaschen zu M. 3, 3.50, 2 u. 1.25 u. **„Mottentod-Beißerol“ (30 Pf.)** überall zu haben. Herr B. J. J. Drogerie, Artilleriestraße 8, schreibt: „Senden Sie mir wieder je ein halbes Radikal-Wanzen- und Motten-Beißerol wie gehabt. Meine Kunden erklären allgemein Ihr Beißerol als das beste Mittel gegen Wanzen.“ **Apotheker Otto Pfeiffer & Niehler, N 65, Schulstr. 17.** Lieferanten der Deutschen Armee in Tullberg, Angestellter u. Postamt.